

# Das Geld bestimmte vieles, aber nicht alles

Schulden abbauen, vernünftig investieren, eine Steuererhöhung vermeiden und die Abhängigkeit von den Unternehmen kontrollieren: Die zu Ende gehende Legislatur war in **Villars-sur-Gläne** stark finanzpolitisch geprägt. Doch auch andere Themen beschäftigten die Parteien.

CAROLE SCHNEUWLY

In Villars-sur-Gläne geht mit den Wahlen vom 28. Februar die zweite Legislatur unter der Führung eines links dominierenden Gemeinderats zu Ende; in der ablaufenden Legislatur waren die linken Parteien zudem auch im Generalrat in der Mehrheit. Ein Thema, das die Gemeindepolitik in den vergangenen Jahren stark geprägt hat, sind die Finanzen. «Die Linke hat gezeigt, dass sie eine gute und vernünftige Finanzpolitik machen kann», sagt Thomas Marthaler, Präsident der SP Villars-sur-Gläne und der Finanzkommission des



Generalrats. Immer mit Blick auf das Wohl der Bevölkerung sei es gelungen, zu sparen, wo es möglich und zu investieren, wo es sinnvoll gewesen sei. «Besonders erfreulich ist, dass wir unseren attraktiven Steuerausschuss beibehalten und gleichzeitig die Schulden abbauen konnten.»

**«Glück, aber auch Risiko»**  
Auch für die zweitgrösste Fraktion im Generalrat, die FDP, waren die Finanzen das zentrale Thema der Legislatur.

## Legislatur Große Gemeinden ziehen Bilanz

Am 28. Februar finden die Gemeindewahlen statt, Listenabgabe ist am 18. Januar. Bis dahin publizieren die FN von den bisherigen und zukünftigen Generalratsgemeinden im FN-Einzugsgebiet sowie von Tafers als Hauptort des Sensees Bezirks eine Legislaturbilanz. *rb*

Bisher erschienen: Stadt Freiburg (5.1.), Düringen (7.1.), Wünnewil-Flamatt (9.1.), Marly (11.1.), Kerzers (12.1.) und Tafers (13.1.). Diese Beitrag schliesst die Serie ab.



Wachsamkeit bei den Finanzen, aber auch die Förderung der Lebensqualität waren den Politikern in Villars wichtig.

Bild Charles Ellena

«Ich wehre mich dagegen, dass Villars-sur-Gläne immer als reiche Gemeinde bezeichnet wird», sagt Fraktionschef François Grangier. Die Gemeinde lebt von den grossen ortsansässigen Unternehmen, die inzwischen mehr Steuern zahlen als die natürlichen Personen. «Das ist ein Glück, aber auch ein Risiko.» Gerade im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform III gelte es darum, wachsam zu bleiben und die Ausgaben zu kontrollieren. Dafür habe sich die FDP stets eingesetzt, zuletzt etwa in Zusammenhang mit dem Kreditbegehr für den Neubau der Turnhalle Cormanon: «Auf unseren Vorschlag hin hat der Gemeinderat den Antrag von vier Millionen auf 440 000 Franken gesenkt und wird nun eine neue Botschaft ausarbeiten», so Grangier. Trotz solcher Erfolge sei die Bilanz zum Ende der Legislatur für die Partei erneut erfreulich: «Wir haben ge-

tan, was wir konnten, aber wir wurden oft überstimmt, auch wenn wir gute Ideen hatten.»

## Konstruktive Diskussionen

Teil der bürgerlichen Minorität ist auch die CVP. Deren Generalrätin Pascale Mottolini blickt im Grossen und Ganzen zufrieden zurück: «Wir haben sowohl innerhalb des Generalrats als auch mit dem Gemeinderat gut zusammengearbeitet», so die Präsidentin der Ortspartei. «Die Stimmung ist durchaus politisiert, aber wir können gut und konstruktiv diskutieren.» Inhaltlich standen auch für die CVP die Finanzen im Mittelpunkt: «Aktuell ist unsere Finanzlage gesund», so Mottolini, «aber wir müssen Reserven schaffen für die Zukunft.» Weitere wichtige Themen sieht die Sektionspräsidentin in jenen Bereichen, die von den beiden CVP-Gemeinderäten geführt werden: «Sowohl bei den Schulen als auch

bei den Infrastrukturen sei es gelungen, dem starken Bevölkerungswachstum Rechnung zu tragen und den Einwohnern der Gemeinde etwas zu bieten.»

«Es war eine ruhige Legislatur ohne grosse politische Kämpfe», sagt mit SVP-Generalsekretär Michel Bavarel ein. «Generalsekretär Michel Bavarel ist ein wichtiger Minderheitsvertreter. Oft seien sich die Parteien einig, dies auch, weil es bei vielen Vorlagen kaum etwas zu diskutieren gebe: «Investitionen in den Unterhalt von öffentlichen Infrastrukturen sind notwendig und unbestritten», so Bavarel.

## Einsatz für Lebensqualität

Die Lebensqualität in der Gemeinde ist das zentrale Anliegen der Mitte links – CVP. Mit drei Sitzes sei die Partei zwar die kleinste Gruppe im Generalrat, doch gelinge es ihr immer wieder, sich Gehör zu verschaffen, sagt Sprecher Pierre-Yves Moret. Der soziale Zusammenhalt, Umwelt und

Raumplanung sowie eine effiziente Verwaltung seien die Kernthemen der Christlichsozialen. So habe sich die Partei gemeinsam mit der SP und den Grünen im Generalrat erfolgreich eingesetzt für die Beibehaltung der Miethilfe für behinderte Familien oder die Erhöhung des Beitrags für den Verein Ritec, der Beschäftigungen im Rahmen von Eingliederungsmassnahmen bietet. «Weniger erfolgreich waren wir mit unserem Anliegen, mehr Genossenschaftswohnungen zu schaffen», so Pierre-Yves Moret. «Da ist absolut nichts passiert; das ist enttäuschend.»

## Mit Blick in die Zukunft

Die Grünen sind in Villars-sur-Gläne 2011 erstmals bei Gemeindewahlen angetreten und haben auf Anhieb einen Sitz im Gemeinderat und sieben im Generalrat erobert. Generalrat Adrian Etter sieht die

**Syndique:**  
«Besser als erwartet»

Erika Schnyder, Syndique von Villars-sur-Gläne, blickt auf eine Legislatur zurück, die besser gewesen sei als erwartet, vor allem in finanzieller Hinsicht. «Wir konnten unsere Schulden stark reduzieren und haben damit eines der zentralen Ziele unseres Legislaturprogramms erreicht», so die SP-Frau. Konkret sank die Verschuldung der Gemeinde von 68 Millionen Franken im Jahr 2011 auf 56 Millionen Franken Ende 2015; 2006 waren es gar noch 95 Millionen Franken gewesen. «Die hohen Einnahmen bei den Unternehmenssteuern haben sicher geholfen», so Schnyder. Doch weil man damit nie sicher rechnen könne, habe die Gemeinde auch auf eine strenge Kostenkontrolle geachtet. Trotzdem habe die Gemeinde viel für die Lebensqualität der Bewohner getan, etwa mit neuen Dreissiger-Zonen, dem Ausbau der sanften Mobilität, Aktionen für Neuzüger und Ausländer oder dem Projekt «Villars sympa». *cs*

erste Legislatur seiner Partei positiv: «Wir konnten unsere Ideen einbringen und einen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung unserer Gemeinde leisten», sagt er. Den Grünen gehe es stets darum, konkrete Projekte mit Potenzial für die Zukunft zu verwirklichen. Dazu zählt er etwa den erfolgreichen Einsatz für Energieeffizienz bei Gebäuden im Gemeindebesitz, für verdichtetes Bauen, für die sanfte Mobilität und für das Vereinsleben. Schliesslich wirft Etter ein weiteres Thema auf, das in den vergangenen Jahren alle Parteien beschäftigt hat: das der vorerst gescheiterten Fusion im Raum Grossfreiburg. «Wir müssen grossräumig denken», so der grüne Generalrat. «Einige Probleme kann man lokal lösen, andere nicht. Darum braucht es dringend weitere Schritte, sei es im Hinblick auf eine mögliche Fusion, sei es auf der Ebene der Agglomeration Freiburg.»

# «Er hat ihr Handicap ausgenutzt»

Wegen Vergewaltigung mussten sich gestern zwei Männer vor dem Bezirksgericht Saane verantworten. Während die Staatsanwaltschaft für den Hauptbeschuldigten sechs Jahre Haft forderte, plädierte die Verteidigung auf Freispruch.

REGULA BUR

**FREIBURG** Was ist in der Nacht vom 17. auf den 18. und am Abend des 18. Juni 2012 genau geschehen? Diese Frage stellte sich gestern am Bezirksgericht Saane – und es waren mehrere Versionen zu hören.

Gemäss Anklageschrift hatten sich die beiden aus Portugal stammenden Beschuldigten sowie eine damals 20-jährige Frau am Abend des 17. Juni 2012 in einem Freiburger Nachtklub kennengelernt. Die junge Frau leidet am Williams-Beuren-Syndrom und ist geistig und körperlich behindert. Der ältere, heute 30-jährige Mann lud die Frau zu einem seiner Freunde ein. Nach

einem sexuellen Kontakt – die Frau hatte dazu eingewilligt, weil sie dachte, der Mann sei ihr Freund – versuchte auch der heute 23-Jährige, mit ihr zu schlafen. Er drang in sie ein, zog sich aber zurück, als sie «Stopp» sagte. Am nächsten Abend sahen sich die Frau und der ältere Mann in Freiburg. Nach einem sexuellen Kontakt in einem Wald trafen die beiden einen – bis heute nicht identifizierten – Bekannten des Mannes, der die Frau brutal vergewaltigte.

Die Staatsanwaltschaft klagte den älteren Mann der Schändung und Vergewaltigung an, den jüngeren der Vergewaltigung und forderte eine unbedingte Freiheitsstrafe von

sechs Jahren für den Älteren und 13 Monate bedingt für den Jüngeren. Die beiden Verteidiger plädierten auf Freispruch.

## Verschiedene Versionen

Der Fall war bereits im Juli 2015 vor Gericht gewesen, jedoch unterbrochen worden: Das Gericht hatte ein zusätzliches Gutachten gefordert, um festzustellen, ob das Opfer zum Zeitpunkt der Tat urteilsfähig gewesen war (die FN berichteten). Das Gutachten habe gezeigt, dass sich die Frau aufgrund ihrer Behinderung nicht habe wehren können, sagte ihre Anwältin Manuela Bracher Edelmann den FN. «Die junge Frau ist zu naiv, um zu lügen oder zu manipu-

lieren», sagte Bracher in ihrem Plädoyer. Vor den Ereignissen sei diese recht autonom gewesen, nun könne die Frau, die in einer Institution für behinderte Erwachsene wohnt, kaum mehr alleine aus dem Haus gehen. «Aus der lebensfröhlichen und extrovertierten ist eine traurige und verschlossene Frau geworden.» Die einzige Person, die in diesem Fall konstante Angaben gemacht habe, sei das Opfer, betonte Staatsanwältin Yvonne Gendre, die im älteren Angeklagten den Hauptbeschuldigen sah. «Er hat ihr Handicap ausgenutzt, um sein sexuelles Verlangen zu stillen.» Auch habe er den Jüngeren zu einem sexuellen Kontakt angestiftet.

## Das Schulhaus Platy liegt öffentlich auf

**VILLARS-SUR-GLÄNE** Die Gemeinde Villars-sur-Gläne will im Quartier Platy ein neues Primarschulhaus bauen. Am Freitag hat sie das entsprechende Bauantrag öffentlich aufgelegt, wie dem aktuellen Amtsblatt zu entnehmen ist. Geplant ist ein dreiteiliger Komplex mit einem Schulhaus, einer Zweifachturnhalle und einem Gebäude für die ausserschulische Betreuung. Die neue Schule soll ab Herbst 2018 zur Verfügung stehen. Gemäss aktuellen Berechnungen wird sie vorerst rund 180 Kinder beherbergen, bis 2023 dann aber bereits rund 290. Den Baukredit in der Höhe von 25 Millionen Franken hat der Generalrat im vergangenen Dezember gutgeheissen (die FN berichteten). *cs*